

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ke 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährlich . . . . . 96.-  
jährlich . . . . . 192.-  
Zustellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
leitung der Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

## Straßenfonds von der Regierung urgiert.

**Senat soll die Vorlage nächste  
Woche verabschieden.**

Prag, 24. April. Der Senat hielt heute vor-  
mittags eine kurze Sitzung ab, in der die Ver-  
staatlichung der mährischen Lokalbahn Litau-  
Zemitz ohne Debatte genehmigt wurde. Nach der  
zweiten Lesung der gestern behandelten Vorlagen  
wurde noch der Bericht des Immunitätsaus-  
schusses über ein neues Auslieferungsbegehren  
gegen den kommunistischen Abg. Straußky  
verhandelt.

Er hatte auf einer Bergarbeiterversammlung  
zu Demonstrationen in Bruch aufgefordert und  
angeblich erklärt, die Demonstranten sollten sich  
gegebenenfalls gegen die bewaffnete Macht offen  
zur Wehr setzen.

Der Immunitätsausschuss beantragte die  
Auslieferung. Straußky selbst sprach zu diesem Fall  
und protestierte heftig gegen den Auslieferungs-  
antrag des Ausschusses, der schließlich unter lau-  
ten Zwischenrufen der Kommunisten ange-  
nommen wird.

Bei der folgenden Wahl des Ständi-  
gen Ausschusses werden die auf den Senat  
entscheidenden acht Mitglieder und acht Ergänzung-  
mitglieder gewählt. Für unsere Fraktion wurde Ge-  
org Riechler zum Mitglied gewählt; sein  
Ergänzungsmann ist der Landwirt Kahler.

Die nächste Sitzung des Plenums wurde für  
Mittwoch, 10 Uhr früh anberaumt. Bis dahin  
wird es sich zeigen, ob die tschechischen Agrarier  
unter Donats Führung endlich ihren Wider-  
stand gegen die Verabschiedung des Straßenfonds  
aufgeben oder nicht. Der getriggerte Ministerrat hat  
neuerdings beschloffen, an der Vorlage keine  
Änderungen zuzulassen und die koalitierten  
Parteien des Senats nochmals dringendst zu er-  
suchen, die Vorlage ungedändert noch im Laufe  
der nächsten Woche anzunehmen.

Man kann begierig sein, ob sich Herr Donat  
diesem neuen Beschluß, dem auch alle Minister  
seiner Partei zugestimmt haben, nun endlich  
fügen oder ob er seinen Kleinkrieg um die Spiri-  
tusbeimischung auf eigene Faust weiter fortsetzen  
wird. Klarheit darüber dürften vielleicht schon  
die Anshufverhandlungen am Montag und  
Dienstag ergeben. Auf die Verhältnisse im Lager  
der anhängigen Regierungspartei wirft dieser offene  
Konflikt jedenfalls kein besonders günstiges Licht!

## Erfolgreiche Wahlen in Holland Sozialdemokratischer Stimmen- zuwachs von 22,9 Prozent.

Amsterdam, 24. April. (Eigenbericht.)  
Das Endergebnis der niederländischen Provinzial-  
Parlamentswahlen zeigt, daß die Sozialdemokratie  
alleiniger Sieger dieses Wahlkampfes ist. Die er-  
höhte Gesamtzahl ihrer Landtagsitze gegen-  
über den Wahlen von 1927 von 120 auf 130. Die  
Zahl der für sie abgegebenen Stimmen stieg von  
600.000 auf rund 749.000 oder um 22,9 Prozent.  
Keine andere Partei hat auch nur entfernt einen  
ähnlichen Gewinn zu verzeichnen, vielmehr weisen  
die bürgerlichen Mittelparteien, aber auch die  
Freisinnigen und Demokraten einen auffallend  
harten Rückgang auf. Die Kommunisten erhöhten  
die Zahl ihrer Sitze von sieben auf zehn. Die  
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug  
rund 3,2 Millionen.

Im einzelnen stieg die sozialdemokratische  
Stimmenzahl in Nordholland von 161.000  
im Jahre 1927 auf 210.000. Die Partei er-  
zielte zwei neue Mandate und wird als  
stärkste Fraktion 26 von 77 Mandaten haben. In  
Amsterdam stieg die sozialdemokratische Stimmen-  
zahl von 96.000 auf 129.000.

Ferner gewann die Partei je ein Mandat in  
der Provinz Zeeland, wo sie künftig 6 von  
12 Mandaten hat und in der reaktionären Agrar-  
provinz Drenthe, wo sie 10 von 48 Mandaten  
besitzt und die stärkste Fraktion sein wird. Auch in  
der Provinz Friesland mit starker katholischer Bevöl-  
kerung stieg die Stimmenzahl beträchtlich, so daß  
die Partei zwei Mandate errungen und 12 von  
47 Mandaten besetzt hat. In Südholland wurde  
ein Sitz gewonnen und die Partei wird künftig  
22 von 82 Sitzen haben. Der Gesamtgewinn bei  
den Provinzialparlamentswahlen beträgt daher  
zehn neue Mandate.

## Antwort aus Berlin.

**Eine scharfe Gegenäußerung von halbamtlicher Seite.**

Berlin, 24. April. Die halbamtliche „Deutsche  
Diplomatisch-Politische Korrespondenz“ schreibt  
zu den Ausführungen Dr. Benes: Wenn man  
auch mit Befriedigung konstatieren kann, daß die  
Replik Benes in der Form durchaus sachlich ge-  
blieben ist und selbst einige Anerkennung für das  
deutsche Volk und seine politische Führung enthält,  
so kann man sich doch weder der Feststellung ent-  
ziehen, daß eine ebenso scharfe wie  
falsche Note in die internationale  
Erörterung der fraglichen Angelegenheit zu-  
nächst von Prag und dann von Paris hineingetra-  
gen worden ist, noch kann man den sachlichen De-  
duktionen Benes in irgendeinem Punkte beifal-  
len. Die Behauptung Dr. Benes, der Zoll-  
unionsplan sei eine politische Aktion, nennt die  
Korrespondenz eine reichlich sophistische  
Wendung und verweist darauf, daß man sich  
in Paris und in Prag durch die Forderung nach  
Ueberweisung des Problems an den Haager Ge-  
richtshof, wo doch nur eine juristische Prüfung  
möglich ist, eigentlich gegen diese Auffassung ge-  
stellt hat.

Gegenüber der Behauptung Dr. Benes,  
eine deutsch-österreichische Zollunion bedeute  
eine Blockbildung und ein Block sei erfah-  
rungsgemäß immer politisch gefährlich,  
schreibt die Korrespondenz, daß eine solche  
Behauptung aus dem Munde des Schöp-  
fers und Führers des Blockes, der  
sich Kleine Entente nennt, und des  
Wortführers eines zweiten Blockes, der durch  
das französische Bündnisystem geschaffen  
wurde, fast ein wenig komisch anmutet.

Auf wirtschaftspolitische Hypothesen über die  
Wirkung einer künftigen deutsch-österreichischen  
Zollunion näher einzugehen, könne man sich er-  
sparen.

Es ist Dr. Benes schon oft genug entgegen-  
gehalten worden, daß das einfachste Mittel zur  
Erprobung der wahren Absichten beider Kon-  
trahenten zur Feststellung, ob sie eine Lösung  
im Genfer Geiste wünschen, die Annahme  
der Plank-Offerter wäre, die allen  
Nachbarn überreicht wurde.

Die von Dr. Benes empfohlenen Methoden:  
Stabilisierung der Industriezölle, allmähliche  
Herabsetzung und schließlich Ausgleichung der  
Zölle für die Hauptprodukte sind seit der Welt-  
wirtschaftskonferenz von 1927 und der maßgebenden  
Zollfriedenskonferenz, aus deren Gedanken-  
gut sie stammen, leider als so wirkungslos er-  
kannt worden, daß man in einem schweren  
Existenzkampf ganzer Völker schon positiver  
und produktivere Ideen vor-  
bringen muß, wenn man solchen Völkern die Ver-  
eindlichung zur Selbsthilfe auf die anerkannt beste  
Art verweigern will. Die Zollfriedenskonferenz,  
die zweifellos auf einem gesunden Grundgedan-  
ken beruht, die aber auch durchaus in unserer  
Richtung tendierte, ist, das sei zum Schluß ge-  
sagt, nicht an den österreichischen, sondern in  
allererster Linie an den englischen  
und französischen Widerspruch ge-  
scheitert.

## Die „Arbeiter-Zeitung“ zum Benes-Epizöl.

**Zurückweisung einer Bevormundung  
durch die Tschechoslowakei.**

Die „Arbeiter-Zeitung“ beschäftigt sich aus-  
führlich mit dem Epizöl des Außenministers  
Dr. Benes, dessen höfliche und verbindliche Form  
sie feiert, dessen sachlichen Inhalt sie aber als  
den Versuch einer Bevormundung Österreichs  
zurückweist. Sie schreibt u. a.:

Man kann ohne weiteres zugeben, daß eine  
Zollunion zwischen Deutschland und Österreich  
auch wirtschaftliche Interessen der Tschechoslowakei  
beeinträchtigen könnte. Wenn also Herr Dr. Benes  
etwas fordert, daß eine solche Zollunion mit Ab-  
sicht verbunden werden müsse, die den be-  
sonderen Interessen der Tschechoslowakei Rechnung  
trage, so könnte niemand dagegen billigerweise  
etwas einzuwenden. Aber so verfährt Herr Dr.  
Benes nicht. Er möchte Deutschland und Österreich  
die Zollunion ganz einfach verbieten. Er  
redet, als wäre es ein Naturrecht der  
Tschechen, Deutschland und Österreich vorzu-  
schreiben, daß Deutschland von österreichischen und  
Österreich von deutschen Waren Zölle einheben  
müsse. Er empfindet sehr wohl, sehr unbestimmte  
Pläne einer engeren wirtschaftlichen Verbindung  
zwischen den europäischen Industrie- und Agrar-  
staaten; aber er hält alle wirtschaftlichen  
Verbindungen für erlaubt, nur ge-  
rade die zwischen Deutschland und  
Österreich nicht!

Die „Arbeiter-Zeitung“ setzt sich des wei-  
teren mit Benes Behauptung auseinander, daß  
Rumänien und Jugoslawien wirtschaftlich ebenso  
schlimm daran seien wie Österreich. Die Bevormun-  
dung Südostrons mögen wir haben, aber arbeitslos  
wie der Großteil der österreichischen Arbeiter  
sind sie nicht. Sie setzt dann fort:

Herr Dr. Benes wird nicht bestreiten können,  
daß die deutsch-österreichische Sozial-  
demokratie vom ersten Tage des Amtsetzes  
an bestrebt war, ein freundschaftliches  
Verhältnis zwischen der deutsch-österreichischen  
und der tschechoslowakischen Republik herzustellen.  
Als die beiden Staaten auseinandergewichen wor-  
den, als die Tschechoslowakei große deutsche Gebiete  
beanspruchte, bestand die sehr ernste Gefahr, daß  
es zu Ereignissen kommen könnte, die dauernde  
Feindschaft zwischen der deutsch-österreichischen  
und der tschechoslowakischen Bevölkerung herbei-  
führen könnten. Damals hat  
die Regierung Renner in enger Verbindung  
mit unserem Genossen Tuzar, dem damaligen

gegenwärtigen Vizepräsidenten in Wien, alle Kraft darauf  
gelegt, die schwierige Auseinandersetzung zwischen  
den beiden jungen Republiken so zu führen, daß  
für die Zukunft ein friedliches und freundschaft-  
liches Verhältnis zwischen ihnen möglich werde.  
Als dann die Komintern in Ungarn siegte,  
waren wir österreichischen Sozialdemokraten es,  
die zuerst erkannt und ausgesprochen haben, daß  
enge Freundschaft zwischen der österreichischen und  
der tschechoslowakischen Republik eine Voraus-  
setzung der Sicherheit der republikanischen Ord-  
nung in Mitteleuropa ist. In dieser Politik hat  
die deutsch-österreichische Sozialdemokratie selber  
unverrückbar festgehalten. Sie hat stets den Ver-  
wechslung der Schwarzgelben bekämpft, ist stets  
jedem Versuch der Bindung Österreichs an  
Ungarn oder an Italien entgegen getreten. Ge-  
rade deshalb aber, weil wir noch nie vor die  
Freundschaft und das Zusammenwirken der beiden  
Nachbarrpubliken wünschen, gerade deshalb mü-  
ßen wir vor der Haltung, die Dr. Benes der Frage  
der Zollgemeinschaft gegenüber einnimmt, ein-  
dringlich warnen. Wenn man die deutsch-öster-  
reichische Zollgemeinschaft in eine breitere euro-  
päische Zollunion einbauen will, die auch den  
Interessen der Tschechoslowakei Rechnung tragen  
würde, so würden wir das sehr begrüßen.  
Wenn man aber die deutsch-österreichische Zoll-  
gemeinschaft einfach verbieten will, so wäre das  
ein böser Rückfall in die Vor-Locarno-Politik,  
wäre das die Nationalisten in Deutschland und  
die Schwarzgelben in Deutschösterreich gefährlich  
hätten und alle jene Tendenzen in Deutschland  
und Österreich kräftigen, die die beiden deutschen  
Staaten dem Bündnisystem des italieni-  
schen Faschismus, dessen schlaue Zurückhal-  
tung in der Frage der Zollgemeinschaft auf die  
Fehler der Pariser und der Prager Engherzigkeit  
spekuliert, jätreiben wollen. Wir glauben nicht,  
daß eine solche Entwicklung, die für die ganze  
europäische Demokratie verhängnisvoll wäre, im  
Interesse der Tschechoslowakei gelegen ist.

Es ist eben so, wie wir schon vor einigen  
Wochen schrieben: die Europapläne Benes und  
Briands werden vom Ausland nicht mehr ernst  
genommen, man hält sie für Finten und Aus-  
flüchte. Was Herr Dr. Benes gegen die Bildung  
von Staatenbünden innerhalb Europas sagte,  
könnte nur dann als ehrliche Ueberzeugung hin-  
genommen werden, wenn Herr Dr. Benes be-  
reit wäre, auch seinerseits auf die Bündnisse und  
die Blockbildung zu verzichten. Wir haben das  
gestern bereits ausgesprochen und die Zusicherun-  
gen der „Arbeiter-Zeitung“ werden dem Herrn  
Außenminister zeigen, daß wir uns über die  
Meinung, die man von seinen Plänen im Aus-  
land hegt, keinen Täuschungen hingeben.

## Verlängerung des Rüstungsfonds?

Eine knappe, harmlos sich gebärdende,  
wie nebenbei durchschlüpfende Meldung der  
„Prager Presse“: Man erwäge die Verlän-  
gerung des Rüstungsfonds, weil sich die Aus-  
gestaltung der Luftflotte als unumgänglich  
notwendig erwiesen habe. Auf den Wortlaut  
der Nachricht kommt es nicht an — sie wird  
hier aus dem Gedächtnis zitiert.

Wir haben bisher kein Wort zu dieser  
Meldung gesagt, weil es uns überflüssig  
erschien, unsere Ablehnung einer solchen Zu-  
mittlung — falls sie ernstlich versucht würde  
— überhaupt darzulegen. Denn wie die  
deutsche Sozialdemokratie über den Rüstungs-  
fonds denkt, wie sie sich zu neuen Aufrüstungs-  
plänen verhält, ist wohl hinlänglich bekannt.  
Aber gegnerische Blätter haben unser Schweigen  
anders zu deuten versucht — wider  
besseres Wissen natürlich, denn die kommuni-  
stischen, halbkommunistischen und literalen  
Militaristen und Kriegsfreunde kennen unsere  
Ansichtungen, kennen unseren grundsätzlichen  
Antimilitarismus und unsere antimilitari-  
stische Politik ziemlich genau. Nicht einmal  
den guten Glauben können wir ihnen  
jubilligen, daß sie ernstlich meinen, uns  
könnten irgendwelche Koalitionsbildungen in  
eine Zwangslage bringen, die uns keine  
andere Möglichkeit übrig läßt, als die Zu-  
stimmung zu einer solchen Forderung der  
Herren vom Generalstab und vom Landes-  
verteidigungsministerium. Um es ein für  
alle Mal zu sagen: wenn irgend jemand  
glaubt, die deutsche Sozialdemokratie werde  
einer Rüstungsübermehrung zustimmen, täuscht  
er sich mehr und gründlicher, als sich je ein  
Politiker getraut hat.

War die Meldung der „Prager Presse“  
ein ernstgemeinter Versuchsalton — nun,  
wie die Sozialdemokratie denkt, wie sie han-  
deln würde, falls die Verlängerung des  
Rüstungsfonds verlangt würde, ist hiermit  
wohl deutlich genug gesagt. Wir könnten —  
und das schmerzt uns wahrlich genug — die  
Rüstungsausgaben bisher nicht verringern.  
Aber wir haben — und das ist ein  
beträchtlicher Unterschied zwischen unserer  
Politik und jener der deutschen Parteien des  
Bürgerblocks — auch wie unsere Hand  
geboten zu einer Rüstungsübermehrung und  
wir werden es nicht tun.

Aber da wir schon einmal bei der Be-  
sprachung dieser kleinen Meldung von der  
Notwendigkeit der Verlängerung des sich als  
zu klein erweisenden Rüstungsfonds und:  
Wieso erweist sich denn schon jetzt, sieben  
Jahre vor dem normalen Ausbrauchen des  
Rüstungsfonds, dessen Verlängerung als not-  
wendig? Die Geltungsdauer des Rüstungs-  
fonds erstreckt sich doch bis zum Jahre 1938!  
In diesem Jahre erst dürfte die letzte Rate  
verbraucht werden! Haben die Herren Mi-  
litars vielleicht schon den gesamten Rüstungs-  
fonds verbraucht, auch die Raten von 1932  
bis 1938? Schon jetzt veranschlagt, was sie  
erst in den kommenden Jahren verbrauchen  
dürften? Wenn nicht: wieso kann dann jetzt  
schon die Verlängerung des Rüstungsfonds  
verlangt werden?

Wie die Herren Generale und die Zivi-  
listen, die jeweils Kriegsminister sind, über  
uns gewöhnliche Zivilisten denken, wissen wir  
ja: die Zivilisten sind dazu auf der Welt, für  
das Militär zu zahlen. Für eine Einrichtung,  
die von der übergroßen Mehrzahl der Zivilisten  
für überflüssig und schädlich gehalten wird,  
über deren Kostspieligkeit sich alle aufregen,  
wenn sie nicht gerade Militärlieferanten sind.  
Und die Parlamente haben natürlich die Auf-  
gabe, die Gelder zu bewilligen, die vom  
Militär verlangt werden. Bürgerliche Abge-  
ordnete mögen diese Aufgabe als die ihre  
ansehen. Für die deutschen Sozialdemokraten  
gibt es keine Diskussion darüber, daß die Auf-  
gabe des Parlamentes demokratischer Staaten  
die Kontrolle der Ausgaben für militärische



# Der Untersuchungsausschuss tagt.

## Voruntersuchung durch Referenten und Vorsitzenden.

Zweck, vor allem aber der Abbau, die Verminderung dieser Ausgaben ist. Daß die Sozialdemokratie diese Auffassung noch nicht durchzusetzen vermochte, ist nicht ihre Schuld.

Dafür, daß die dreieinhalb Milliarden des Rüstungsfonds, wenn sie schon beschossen wurden, nicht kontrolllos ausgegeben werden konnten — dafür hätten die Herren vom Bürgerstad schon sorgen können! Nicht einmal Bürgerliche müssen die Ergebnisse gegenüber dem Militarismus so weit treiben, daß sie es den Militärs einfach überlassen, das Geld nach Gutdünken zu verwenden, wann und wofür sie wollen.

Jetzt wollen die Herren eine Ausgestaltung der Luftflotte. Es ist ja wahr, daß die Militärflugzeuge zu Bedenken Anlaß geben. Es sind schon allzu viele abgefährt. Aber man hätte sich von guten Freunden nicht aufdrängen lassen müssen, was ihnen nicht mehr gut genug schien.

Aber genau besehen, braucht die Tschchoslowakei überhaupt keine Luftflotte für militärische Zwecke. Die Nachbarn, die allein als etwaige „Feinde“ in Betracht kommen, Deutschland, Oesterreich und Ungarn, haben keine Luftflotte. Und mit Polen und Rumänien verbindet die Tschchoslowakei doch eine so dicke Freundschaft, daß sie als Feinde nie in Betracht kommen können. Herr Dr. Beneš wird das ganze bestätigen. Wegen wen also die Luftflotte?

Sie ist für die Tschchoslowakei — wie ihr ganzer verächtlicher Militarismus — nur ein kostspieliges Spielzeug. Man muß es einfach haben, weil man sich ohne Bombenflugzeug nicht als vollwertig vorstellt. Man trägt das jetzt, Kriegsflugzeuge. Und welcher selbstbewußte Tschchoslowake würde ein Vorbild, das ihm Frankreich gibt, nicht nachahmen wollen?

Aber wozu jetzt noch Geld verlangen für die Ausgestaltung der militärischen Luftflotte, da doch im nächsten Jahre die große Abrüstungskonferenz zusammentritt! Dr. Beneš wird eifrig bemüht sein, er wird alle seine Gewandtheit einsetzen und sein Prestige, dem Abrüstungsgedanken zum Siege zu verhelfen. Wie können die Militärs die Pläne des Außenministers so durchkreuzen wollen? Wie können sie am Vorabend der großen Weltabstimmung noch Geld für neue Kriegsflugzeuge verlangen? Nein, die Weltung der „Prager Presse“ war doch nicht ernst gemeint, sie war kein Versuchsballett, sie war ein Grabenfund, den sie irgend einem Böswilligen verdankt, der die Tschchoslowakei, indem er ihre Friedensliebe und Abrüstungsehrsucht diskreditiert, vor dem Auslande kompromittieren will. Also braucht man sich wegen der Verlängerung des Rüstungsfonds keine Sorgen zu machen. Nach der Abrüstungskonferenz werden wir es sogar erleben, daß die Militärverwaltung die unverbrauchten Jahresraten von 1933 bis 1938 dem Parlamente wieder zur Verfügung stellt.

Prag, 24. April. Vor der heutigen Plenar-sitzung des Abgeordnetenhauses, der eine neue zweiwöchige Pause bis 7. Mai folgt, trat der Untersuchungsausschuss gegen Stöhring zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen. Der Referent legte das Anlagematerial gegen Stöhring auch dem Ausschuss noch nicht vor, sondern erbat und erhielt in Uebereinstimmung mit der Geschäftsordnung die Beweise, zunächst selbst im Verein mit dem Vorsitzenden Dr. Stefanek die notwendigen Zeugeneinvernahmen durchzuführen. Erst in einem späteren Stadium wird der Referent dem Ausschuss über die Ergebnisse dieser Voruntersuchung berichten, worauf der Ausschuss selbst diese Unternehmung durch Zeugeneinvernahme vor dem Plenum ergänzen und alle weiteren Maßnahmen, insbesondere die Ausarbeitung des Schlussberichtes, wird treffen können.

Ausreichend begründet wird dieses Vorgehen sicher durch die große Kollisionsgefahr, der der Ausschuss auf andere Weise nicht begangen kann. Dem Georg Stöhring sind schon zu oft vertrauliche amtliche Dokumente zugeflossen, als daß man annehmen könnte, daß diese geheimnisvollen Heingeländchen plötzlich verloren würden, wenn es gälte, eventuell belastende Dokumente auf ähnliche Weise beiseite zu schaffen. Deshalb ist es wohl besser, erst in einer streng vertraulichen Voruntersuchung alles konkrete Material zu sichern, bevor der Ausschuss und damit die weitere Öffentlichkeit von allen Details erfährt. Dafür, daß Stöhring in einem späteren Stadium hinreichend Verteidigungsfreiheit hat, ist genügend vorgesorgt.

Die Kommunisten waren wie immer anderer Meinung. Für sie konnte die Unter-suchung gar nicht genug an die große Glocke gehängt werden; in dieser Richtung bewegten sich auch alle ihre Kräfte, deren Annahme Herrn Stöhring die Reinigung von allen Anklagen sicher ungenügend erleichtert hätte. Daß sich Herr Stern so in die undankbare Rolle des Beschützers eines Falles vom Schlege Stöhring, in die Rolle eines hundertprozentigen Stöhring-buffaren drängen ließ, wird ihm später vielleicht doch noch einmal selbst aufdammern!

In der Sitzung hatten sich fast alle Ausschussmitglieder eingefunden. Stöhring war nicht geladen worden, erhielt jedoch mit Hajda als Zuhörer, wozu er als Abgeordneter bei allen Ausschussitzungen das formale Recht hat. Der Vorsitzende Dr. Stefanek betonte die Komplexität, die allgemeine Geschäftsordnung für Ausschüsse in diesem konkreten Fall zu ergänzen; er sprach die Hoffnung aus, daß der Ausschuss eine gesunde Tradition für ähnliche Fälle schaffen werde.

Der Referent, Genosse Koudella, beantragte Richtlinien für den Fortgang der Arbeiten des Ausschusses. Er erklärte:

**Dr. Stranitz habe in acht Punkten seine An-schuldigungen gegen Stöhring konkretisiert; er halte es jedoch nicht für zweckmäßig, schon jetzt das Material dem Ausschuss bekannt zu geben, weil durch die vorzeitige Veröffentlichung der konkreten Beschuldigungen die Unternehmung direkt vereitelt werden könnte;**

der Ausschuss habe nicht die Möglichkeit, wie ein ordentliches Gericht, bei Kollisionsgefahr energisch einzuschreiten, Zeugenbeeinflussungen zu

verhindern oder das Beweismaterial von Beweidmaterial hintanzuhalten. Ein weiterer Grund, die konkreten Beschuldigungen jetzt noch nicht mitzuteilen, sei der, daß der Referent selbst über ihre Richtigkeit und ihren Umfang sich noch kein Bild machen konnte. Schließlich erfordere es auch die Rücksicht auf den Beschuldigten selbst, nicht vorzeitig über unbewiesene Behauptungen zu veröffentlichen.

Koudella schlägt daher vor, in Ausführung der allgemeinen Bestimmungen des § 28 der Geschäftsordnung

**den Vorsitzenden und den Referenten zu er-mächtigen, in dieser Angelegenheit selbständig Zeugen und Sachverständige einzuberufen**

und die erforderlichen Akten von den Behörden und Gerichten anzufordern. Der Vorsitzende und der Referent sollen gemeinsam entscheiden, welche Zeugen zu laden sind und wo sie einzuberufen sind, soweit dies nicht der Ausschuss selbst bestimmt. In der Regel führen die beiden Ausschussfunktionäre selbst die Einvernahme, können jedoch auch einen Richter damit betrauen. Ueber die Einvernahme ist ein Protokoll zu führen und das stenographische Protokoll beizubehalten.

Ueber das Ergebnis dieser Unternehmung berichtet der Referent dem Ausschussplenum mit einem entsprechenden Antrag. Der Ausschuss führt hierauf die Debatte über diesen Antrag durch und entscheidet, ob die Unternehmung noch zu ergänzen ist und in welcher Richtung, ebenso, ob bestimmte Zeugen vor dem Plenum einzuberufen sind. Diese Einvernahme leiten wieder der Vorsitzende und der Referent, die übrigen Ausschussmitglieder können ihre Fragen durch den Vorsitzenden stellen.

Das Ergebnis der Unternehmung wird ferner dem Abg. Stöhring mitgeteilt, der sich schriftlich dazu äußern, bzw. eine Ergänzung beantragen kann. Nach Beendigung des Beweisverfahrens führt dann der Ausschuss eine Debatte über die Ergebnisse der Unternehmung ab und entscheidet über den Wortlaut des dem Plenum des Abgeordnetenhauses zu erstattenden Berichtes.

Die Kommunisten, vor allem Herr Stern, setzten sich nun gleich in Rede und verlangten nicht nur die sofortige Bekanntheit der konkreten Beschuldigungen, sondern darüber hinaus öffentliche Verhandlungen des Ausschusses, zu denen die gesamte Presse und weitere Zuhörer eingeladen seien. Die Sitzungen seien in einem größeren Saal abzuhalten. Für die sofortige Bekanntheit stimmte überhaupt nur Stern allein, die übrigen wurden teils abgelenkt, teils überhaupt nicht zur Abstimmung zugelassen.

Beim Beschlusse war, daß sich weiters der Agrarische Merkmal Dr. Szüllis offen auf die Seite Stöhrings stellte und die ganze Unternehmung als einen Teil der Persekution Stöhrings, Hajdas und Berglers hinstellte; dabei wäre doch die Republik ohne diese drei Männer nicht so mächtig wie heute! Auch der Vertreter der kommunistischen Merkmalen Szval setzte sich für die Veröffentlichung aller Beschuldigungen ein, damit Stöhring darauf antworten könne.

Ueber Antrag des Agrarsiers Dr. Sucha wurde eine Pause eingeschaltet, in der sich der agrarische Klub mit den Richtlinien befaßte; nach Wiederan-nahme wurden diese Richtlinien mit der weiteren Ergänzung, daß der Ausschuss auch die mündliche Einvernahme Stöhrings selbst hinsichtlich seiner An-

träge und Einwendungen beizufügen könnte, von der Koalition angenommen.

Der Termin der nächsten Plenar-sitzung des Ausschusses hängt von dem Fortgang der Unter-suchung ab, die der Vorsitzende und der Referent unmittelbar durchführen werden. Das Präsidium ist beauftragt, den Ablauf der Unternehmung nach Umständen zu beschleunigen.

### Nächste Plenar-sitzung in 14 Tagen

Auf der Tagesordnung des Plenums stand heute das Beierentabkommen mit Frankreich vom Oktober des Vorjahres. Referent Dr. Guidel führte an, daß der Vertrag die heimische Viehproduktion vor der Einfuhr von Seiden schützen soll. Außerdem enthält er strenge veterinärpolizeiliche Bestimmungen über die Behandlung von Vieh- und Fleischtransporten. Der Referent; wies freilich selbst darauf hin, daß der Vertrag keine allzu große Bedeutung habe, da unser ganzer Vieh- und Fleisch-export nach Frankreich jährlich nur 0.5 Millionen betrage.

In der anschließenden Debatte erwähnte keiner der Redner, die durchwegs dem Lager der Opposition angehört, den Vertrag auch nur mit einem Wort. Sie gingen vielmehr alle auf das geistige Niveau Epopee em. Aus den Ausführungen ergab sich meist, daß sich die Herren mit dem Stadium des Epopees keine laudatorische Mühe gegeben hätten.

Antisa (D. Nat. Sez.) plädiert für unbeschränkten Ankauf an die Zollunion, dabei betont, die Folgen von Deutschlands Ermachen unter dieser Führung für die Tschchoslowakei als ungeschätzlich hinzustellen. Wenn das Dritte Reich zu Macht kommen wird, werde es bei uns in der Tschchoslowakei mit dem jetzigen Kurs natürlich nicht so weiter gehen. Hier strebe aber nur die Unabhängigkeit des deutschen Volkes an und eine solche Politik brauche Beneš nicht zu fürchten; er müsse nur aufhören, seine bisherige Politik der Wiederherstellung Deutschlands fortzusetzen.

Riska (Zpřev. Denšev.) meint, nur Deutschland könne die Wirtschaftskrisis der agrarischen Oststaaten aufnehmen, die sich deshalb wirtschaftlich an Deutschland anschließen müßten.

Zwei Kommunisten protestierten gegen die Auf-schaltung einzelner ihrer Turnvereine; ein dritter hielt eine verspätete Rede zum Internationalsabkommen mit Frankreich, wobei natürlich die angeblichen Ähnlichkeiten gegen die Sowjetunion wieder den Hauptgegenstand der Erörterungen bildeten.

Nach Annahme der Vorlage in erster Lesung und nach der zweiten Lesung des Flugblattes wurde in sechs Innungskategorien sämtlich die Anfertigung von Abgeordneten abgelehnt. Zur Beratung der Novelle zum Mindestlosgesetz wurde dem Ausschuss nachträglich eine achtstellige Frist gestellt.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 7. Mai, 3 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Zusatzabkommen zum französischen Handelsvertrag (die Auto- und Warenzölle betreffend), das Klein-Intelligenzengesetz und eine Novelle zum Pächterstrafgesetze.

Für nächsten Dienstag ist der Augenaus-schuss zur Debatte über das Beneš-Epopee einberufen, während Mittwoch der Zändige Ausschuss zu seiner alljährlichen Rekonstitution zusammentritt.

## Der Dieb.

Von Rhedo

Allerdings gab es in dem Beweisverfahren auch einige dunkle Momente, die der wühlenden Arbeit der Polizei unentwegt trotzen. Da war zunächst der geheimnisvolle Verbündete, der an jenem Eindruck, nach welchem man als einzige Spur einer fünf Jahre langen Tätigkeit einen Fingerabdruck gefunden hatte, teilgenommen haben sollte. Nicht so sehr die Existenz eines Komplizen war es, welcher die möglichen Kreise und auch das Publikum mit berechtigtem Zweifel gegenüberstand, sondern die Behauptung, daß jener Vorkämpfer nur an einem einzigen Eindruck teilgenommen haben sollte. Niemand zweifelte an dem Komplizen, aber alle waren überzeugt, daß er an vielen, wenn nicht an allen Einbrüchen beteiligt war. Koffer aber blieb, allem Drängen und allen Verhören zum Trotz, bei seiner ursprünglichen Aussage und befreit mit einer gewissen beleidigten Eitelkeit jede Beteiligung eines Zweiten. Und da alle Nachforschungen nach dem Mitschuldigen erfolglos blieben und Koffer selbst sich in Dornen häßte, schien diese Frage ungelöst bleiben zu sollen.

Der zweite Punkt war das Fehlen auch der geringsten Spur über den Verbleib des gestohlenen Geldes und der Juwelen. Es handelte sich um Millionenwerte und es schien ausgeschlossen, daß Koffer das riesige Vermögen ausgeben konnte, ohne Aufsehen zu erregen. Auch darüber sagte der Verbrecher nicht mehr aus, als beim ersten Verhör und man nahm an, daß er Wertesachen und Bargeld in einem sicheren Versteck untergebracht hätte und daß er sich mit der Hoffnung trübe, nach seiner Freilassung wieder in dessen Besitz zu kommen. Auch in dieser Richtung blieben alle Nachforschungen der Polizei ergebnislos.

Der dritte und vielleicht wichtigste Punkt

der gegen Koffer sprach, war die Schnelligkeit, mit der er ein Geständnis ablegte, das er nie hätte machen müssen. Gewiß war seine Uhr, die man bei der Verhaftung in seiner Tasche gefunden hatte, eine Indicie, die schwer ins Gewicht fiel. Doch hätte das Schmutzstück allein niemals genügt, ihn zu überführen. Sein Geständnis war, wie sich der Gerichtspräsident ausdrückte, ein psychologisches Rätsel. Aber da es nun einmal gemacht war, schien man wenig Neigung zu verspüren, das Rätsel zu lösen und mit Psychologie und ähnlichem unfruchtbarem Kram die Ueberführung eines Verbrechers, der aus irgendwelchen Gründen jagad, alles getan zu haben, was man von ihm verlangte, in Frage zu stellen. Die Polizei war daher gerne bereit, ein Auge zuzudrücken und über die psychologische Seite des Problems hinwegzugehen.

Nur ein alter pensionierter Richter, der sich seit Jahren seit jeder in seinen Ruhestand mit der Theorie des Verbrechens beschäftigte, hatte sich mit dem Fall psychologisch auseinandergesetzt und war zu dem Schluss gekommen, daß Koffers Bekennnis nichts anderes sei als Selbstbeschuldigung und daß Koffer aus Kennenwertsicht ein großer Verbrecher seinem wolle. Er hatte über diese Ansicht einen langen Artikel in einem Blatte der Hauptstadt veröffentlicht, war aber mit seiner Meinung allein geblieben. Merk-würdigerweise fand er jedoch für seine Auf-fassung Verständnis bei einem Manne, von dem er und die Welt es am wenigsten erwartete hätte, bei dem Untersuchungsrichter Dr. Hjalmar Körnig.

Dr. Körnig hatte schon nach dem ersten Verhör Zweifel an der Richtigkeit der Aussagen Koffers geäußert und vor allem seiner Initiative war es zu verdanken, daß sich die Polizei, wenn auch widerwillig, der mühevollen Aufgabe unterzog, das Geständnis des Verbrechers zu widerlegen. Dr. Körnig stieß dabei auf den Widerstand nicht nur seiner Vorgesetzten, sondern auch des Publikums. Man hatte fünf Jahre lang einen Meißerdieb gesucht, hatte jede Nacht ge-

jittert, hatte sich in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher gefühlt und nun war es endlich gelungen, den Täter, oder wenigstens einen der Täter zur Strecke zu bringen. War es ein Wunder, daß Behörde und Bevölkerung wie von einem Abdruck befreit aufatmeten und das Geständnis Koffers einmütig willkommen hießen? Diesen Leuten mußte die Kritik des Untersuchungsrichters, die überdies auf nicht allzu festen Fundamenten aufgebaut war, unerwünscht und übertrieben erscheinen. Und es mangelte nicht an ironischen Anspielungen in der Presse. Bemerkungen höflich-anzüglicher Art in der Gesellschaft, die Dr. Körnig, der für Angriffe gegen seine Person und mochten sie auch nur minimal, sozugen unter-schwellig sein, ein ausgeprägtes Feingefühl befaß, das Leben schwer machten.

Indessen ließ sich Dr. Körnig nicht irritieren. Er kämpfte verweisen für seine Auffassung. Allein außer den Augen Anmerkungen jenes psychologischen Theoretikers blieb seine Meinung isoliert und seine Erfolge, wenn von solchen überhaupt die Rede sein konnte, waren unheimlich im Vergleich zu dem überzeugenden Auftreten Koffers und den Indizien, welche die Polizei im Laufe des Beweisverfahrens sammelte. Das konsequente Schwärmen Koffers über einzelne Punkte sprach ebenfalls gegen ihn, ließ ihn oder, besonders der Öffentlichkeit gegenüber, in dem romantischen Lichte eines Helden erscheinen.

Dr. Körnig kämpfte mit der Energie eines Beiseenen. Sein Auftreten gegenüber dem Gesangenen barg stets eine Note des Grimms, ja sogar des Hasses, der um so auffälliger schien, als der Untersuchungsrichter als fähler, über-legener Beamter bekannt war und der um so überflüssiger wirkte, als kein sichtlicher Grund dazu vorhanden war.

Die Verhöre, denen der Gefangene von Seiten Dr. Körnigs unterzogen wurde, nahmen kein Ende, ohne jemals zu einem anderen Ergebnis zu führen, als die erste Einvernahme. In-dessen gingen die Untersuchungen ihrem Ende entgegen und der Tag der Gerichtsverhandlung

rückte immer näher. Kein vernünftiger Mensch zweifelte an der Beurteilung Koffers und dem Irrtum des Untersuchungsrichters, als ein Erfolg, der die Nachforschungen Dr. Körnigs fruchtlos machte die Welt aufhorchen ließen. Er führte zu einem letzten und abschließenden Verhör des Angeklagten, das unter der Aufsicht des Justizrates Hollemann vor sich ging und zu dem ebenfalls unerwarteten wie dramatischen Ende führte, das wochenlang alle Gemüter in Atem hielt.

Dr. Körnig hatte nämlich festgestellt, daß Koffer einen Eindruck in der Handelsbank, der in raffinierter Weise durchgeführt worden war, und bei welchem dem Täter etwa vierhunderttausend Mark in Bargeld in die Hände gefallen waren, nicht ausgeführt haben konnte, da er sich zu derselben Zeit in einem Orte aufgehalten hatte, der eine halbe Tagreise von L. entfernt war. Nun hatte Koffer diesen Eindruck vorher nicht nur ohne Umschweife zugegeben, sondern ihn auch noch detailliert beschrieben und genaue Angaben über die Freiführung des Währers und die Verabreichung der Kasse gemacht. So daß dieser augenscheinliche Widerspruch, in den er sich schließlich verwickelt hatte, zumindest auffällig war und der Theorie Dr. Körnigs immerhin einigen Schein von Wahrheitshaftigkeit verlieh.

Dr. Körnig, der das Material in Händen hatte, wollte in Gegenwart Justizrat Hollemanns, seines Vorgesetzten und persönlichen Freundes, wie er logte, den Angeklagten unter der Wucht der Beweise seiner Unschuld zerschmettern. Der Justizrat hatte ungläubig gelächelt, war aber immerhin neugierig, wie Koffer auf die Ausführungen Körnigs reagieren würde.

Der Untersuchungsrichter erliefen zu diesem Verhör Haß und Sarkasmus hervor. Er hatte sich in den letzten Wochen zu seinem Nachteil verändert. Aus dem fröhlichen, lebensprägenden Manne war ein düsterer Gräbler geworden, den jeder, der ihn früher gekannt hatte, für krank halten mußte. Sein Gesicht trug einen finsternen, entschlossenen Ausdruck. (Schluß folgt.)



### Weitere Verlängerung der Unterstüßungsaktion.

Der donnerstägige Ministerrat beschloß, die Ernährungs- und die Milchaktion für die Arbeitslosen um einen weiteren Monat zu verlängern. Diefür wurden weitere dreizehn Millionen aus dem 150 Millionen-Kredit bewilligt, aus denen allerdings auch die Sonderaktion für die Prager Arbeitslosen bestritten werden soll. Für produktive Arbeitslosenfürsorge wurden weitere zehn Millionen bestimmt.

### Uebertritt zur SPD.

In Halle a. d. S. sind fünf ehemalige kommunistische Parteifunktionäre zur SPD übergetreten. Sie haben diesen Schritt mit folgender Erklärung begründet:

Nach all den reichen Erfahrungen, die die Unterzeichneten im Laufe der vergangenen Jahre gemacht haben, kommt als einziger großer Sammelplatz für die Arbeiterschaft nur die Sozialdemokratische Partei in Frage, deren Reihen es zu stärken gilt, damit sie erfolgreich allen Anstürmen ihrer Gegner gewachsen ist und ihren Aufgaben jederzeit gerecht werden kann. Daran wollen wir mitarbeiten im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die SPD, die wir zur Genüge kennen gelernt haben, kann nach ihrer Entwicklung bis zum heutigen Tage keinen Anspruch mehr erheben auf Bezeichnung als Arbeiterpartei; ihr arbeiterschädigendes Verhalten tritt mit jedem Tag mehr in Erscheinung. Gerade die Unterzeichneten haben an einer ganzen Reihe von Beispielen feststellen müssen, daß die SPD direkt arbeitserfeindlich gesinnt ist. Der kommunistische Gedanke ist von dieser Partei völlig in den Schmutz getreten worden. Ihr Ziel ist die Zerspaltung der Arbeiterschaft, die Zerstückelung der bestehenden Massenorganisationen, um an deren Stelle einflusslose Gruppchen entstehen zu lassen. Ihr ist die Partei alles, die Bewegung nichts. Sie kennt nur das eine Ziel: durch Vandalerei zur Macht zu gelangen, um dann alle, die nicht hundertprozentig auf Roskau schwören, zu terrorisieren und tyrannisieren, wehe dem, der in der SPD eine eigene Meinung äußert!

In diesem Zeichen gerät die SPD immer mehr in den Sumpf. In ihren Reihen herrschen Korruption, Heuchelei, Betrug und Schwindel. Das gleiche Bild auch nach außen. Die Arbeiteröffentlichkeit wird belogen, daß sich die Balken biegen. Nur so gelingt es dieser Partei zurzeit noch, sich einigermaßen über Wasser zu halten. Der Zusammenbruch muß aber früher oder später kommen.

Wir fordern deshalb alle mit uns gleichgesinnten Arbeiter sowie alle, die schon innerlich mit der SPD gebrochen haben, auf, dieser Partei den Rücken zu kehren und sich mit uns in der SPD zu vereinigen, um zu kämpfen für den Aufstieg der Arbeiterklasse und damit für eine bessere Zukunft. E. Drechsler, W. Rückwaldt, Fritz Riebenstahl, P. Blodau, Paul Gattisch.

Drechsler war seit 1920 bis vor kurzem Redakteur an dem kommunistischen Parteiorgan in Halle, dem „Klassenkampf“ und Führer der Provinziallandtagsfraktion; Rückwaldt und Riebenstahl waren bis vor kurzem Mitglieder der kommunistischen Ratshausfraktion in Halle.

### Der „Brecher der Zinsknechtschaft“.

Dem SPD wird geschrieben: „Der bekannte nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder hatte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus“ beim Amtsgericht Nürnberg Antrag auf Privatklage gestellt, weil er sich durch ein Gedicht von Ratajstör „Gottfried Feders Allien“ beleidigt gefühlt hatte, insbesondere durch die Verse „Seine Allien hält er gern verschoben, eh' den Andern dies verboten war“. Auf diese Privatklage hat der „Simplicissimus“ mit einer ausführlichen Darlegung tatsächlicher und rechtlicher Art erwidert, in welcher der Wahrheitsbeweis für die benannten Vorgänge angetreten war. Feder hat es daraufhin vorgezogen, die ihm vom Amtsgericht Nürnberg gelehrte Frist zur Erbringung des für die Zuständigkeit des Gerichtes entscheidenden Nachweises, daß Nürnberg sein Wohnsitz sei, zu verstreichen und seine Klage infolgedessen kostenpflichtig abzuweisen zu lassen.

Da gegen diesen Gerichtsbeschuß ein weiteres Rechtsmittel von Feder nicht eingelegt und die Einstellung damit rechtskräftig geworden ist, dürfte er erwiesen sein, daß Feder offenbar keinen Wert darauf legt, vor Gericht seine Handlungsweise vom 8. November 1929 zu rechtfertigen und zu dem angebotenen Wahrheitsbeweis Stellung zu nehmen.“

**Sechster Internationaler Landarbeiter-Kongress.** Der sechste Kongress der Internationalen Landarbeiter-Assoziation wird in der Woche vom 6. bis 11. Juli 1931 in Stockholm stattfinden. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Die Unterführungen des Internationalen Arbeitsamtes auf dem Gebiete des Tarifwesens in der Landwirtschaft; 3. Die Landarbeiter und die Agrarpolitik; Landarbeiterlöhne und bäuerlicher Verdienst; 4. Die Wohnungsverhältnisse der ländlichen Arbeiter; 5. Anträge; 6. Neuwahlen.



### Hannerle geht gern zur Schule

Sie ist ordentlich stolz auf ihre hübschen Sachen. Frau Anni Jung, geb. Klug, kleidet ihr Hannerle auch am liebsten in Weiß! Denn gründlich, rasch und sparsam wird alle Wäsche wieder blütenrein, wenn sie in Radionlösung gekocht wird. Radion ist ergiebig, schont die Wäsche und erspart auch die umständliche Rasenbleiche.



wäscht allein RADION wäscht allein! schon die Wäsche

### Un Zahl überlegen, wirtschaftlich dagegen schwach.

#### Kleinbauernum und landwirtschaftliche Besitzverteilung.

Das statistische Staatsamt gab vor kurzem den ersten Teil der Ergebnisse der im Jahre 1921 durchgeführten Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe in Böhmen heraus. Obwohl in der Zwischenzeit die Bodenreform längst schon wieder Änderungen in der Verteilung des landwirtschaftlichen Besitzes mit sich gebracht hat, so ist schon aus dem Material der Zählung mit dem Stand im Mai des Jahres 1921 eindeutig zu erkennen, daß die Kleinlandwirte gegenüber den Großbauern und Gutsbesitzern zahlenmäßig weitaus überwiegen.

Die an Zahl stärkste Gruppe bilden die landwirtschaftlichen Betriebe bis zu einem Ausmaß von fünf Hektar. In Böhmen wurden ihrer 494.414 gezählt. Im Verhältnis zu insgesamt 669.387 landwirtschaftlichen Betrieben machen diese 73,9 Prozent aus. Die Besitzer dieser Kleinbetriebe sind Landproletarier und Halbproletarier, denen der kleine Bodenbesitz nur eine schwache Stütze im Existenzkampf bildet. Von einer landwirtschaftlich genügigen Gesamtbodenfläche von 3.251.418 Hektar fielen auf die Kleinbesitzer nur 772.610 Hektar, d. h. 23,8 Prozent allen Bodens. Im Durchschnitt kommen also auf einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb rineinhalb Hektar. Unter dieser halben Million der kleinen Landwirte befinden sich jedoch 325.000 Besitzer von Parzellen in einem Ausmaß von zwei Hektar.

Diese bilden die Hälfte aller Landwirte, aber sie haben alle zusammen kaum acht Prozent des gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Bodens.

Wenn man zu den Kleinbauern noch die Gruppe der Betriebe mit einem Bodenausmaß von fünf bis zehn Hektar — solche gibt es in Böhmen fast 80.000 — zählt, so kann man errechnen, daß die Zugehörigen des arbeitenden Landvolkes, die Häusler und Kleinbauern, 85,8 Prozent aller Landwirte ausmachen.

Dieser überwiegenden Mehrheit des arbeitenden Landvolkes steht nur eine ganz kleine Schar von Menschen gegenüber, die über einen großen Bodenbesitz verfügen. An landwirtschaftlichen Großbetrieben mit einer Bodenfläche von 50 bis 200 Hektar wurden im Jahre 1921 4972 gezählt, nicht ganz ein Prozent aller Betriebe. Aber diese 5000 Guts- und Großgrundbesitzer verfügten über 535.176 Hektar Boden, also über mehr denn zweimal so viel als 325.000 Kleinlandwirte mit einem Besitz von bis zwei Hektar Boden, und fast über so viel als 270.000 Kleinlandwirte mit einem Bodenbesitz von zwei bis fünf Hektar zusammen.

Diese Zahlen sprechen eine beredete Sprache für die schweren Bedingungen, unter welchen das arbeitende Landvolk den Kampf um seine wirtschaftliche und kulturelle Besserstellung zu führen hat!

### Die Krise hält an.

#### Bericht der Nationalbank: Nur stellenweise mäßige Erleichterung.

Der Vortrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 24. ds. unter Vorsitz des Gouverneurs seine ordentliche Monatsitzung ab. Im wirtschaftlichen Berichte wurde u. a. mitgeteilt, daß im Geldmarkt der langanhaltende Winter die übliche Frühjahrsnachfrage verspätet hat. Die Großhandels-Preisindizes weisen zum 1. April eine mäßige Aufwärtsbewegung, besonders bei dem Rohungsmittelstand auf. Hinzu kommen die Preisindizes der Kleinhandelsindizes Mitte März eine rückläufige Tendenz. Die Vegetation und die Frühjahrspflanzarbeiten zeigen eine bedeutende Verspätung. Die Winterkälte, insofern eine Übersicht möglich ist, überwinterten bis auf einige Gegenden zufriedenstellend. Die Getreidepreise

weisen eine steigende Tendenz auf, die Viehpreise sind im Sinken begriffen.

Der verspätete Eintritt der Frühjahrsflut hat bis jetzt auch nur eine verhältnismäßig kleine jahresmäßige Belebung in den Zweigen der einzelnen Industrien hervor.

Im ganzen hielt die Depression bei einem hohen Stand der Arbeitslosigkeit weiter an und nur stellenweise trat eine mäßige Erleichterung ein. Die Arbeitslosigkeit beginnt, mäßig zu sinken.

In der Struktur des Außenhandels für März kann man dieselben Merkmale wie im Vormonate beobachten; das Aktivum erfährt eine Zunahme, die Ausfuhr von Fertigwaren ebenfalls, der Gesamtumsatz bleibt jedoch weiterhin ver-ringert.

### Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Mähr.-Schönberg.

Ueber Beschluß der am 20. April l. J. stattgefundenen Sitzung der Gemeindeberatungsstelle und im Einvernehmen mit dem Parteivorstande wird die

#### Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter

zunehmend endgültig für

Donnerstag, den 14. Mai

mit dem Beginn um 3 Uhr nachmittags nach Mähr.-Schönberg, „Arbeiterheim“, Zessingstraße, einberufen.

Die Konferenz wird an diesem Tage um 7 Uhr abends unterbrochen und am nächsten Tage, also Freitag, den 15. Mai l. J., nachmittags 3 Uhr wieder fortgesetzt.

#### Die Tagesordnung lautet:

1. Berichte, Referent: Gen. Pölzl
2. Die bevorstehenden Gemeindevahlen Referent: Gen. Laub
3. Die praktischen Auswirkungen der Gemeindefinanznovelle. Ref.: Gen. Kremser
4. Allgemeines.

Zur Teilnahme an der Konferenz sind alle sozialdemokratischen Delegierten zum Verbandstag der deutschen Selbstverwaltungskörper und die Delegierten der Kreis-, Bezirks- oder Lokalorganisationen berechtigt. Ein durch die zuständige Parteioorganisation ausgestelltes Mandat sowie die Parteilegitimation sind mitzubringen.

Genossen und Genossinnen! Sorgen überall für eine entsprechende Beschildigung der Konferenz!

F. d. Parteivorstand:  
Dr. P. Czoch, S. Laub.

F. d. Gemeindeberatungsabteilung:  
P. Pölzl, O. Dergel.

### Unsere Maifestnummer

erscheint in vergrößertem Umfang bereits am Donnerstag, den 30. April, damit das Blatt noch rechtzeitig in die Hände unserer Leser gelangt. Unsere Redakteure erlauben wir, für diese Nummer rechtzeitig Mehrbestellungen bekannt zu geben. Am 1. Mai früh erscheint unser Blatt in normaler Stärke, am Samstag, den 2. Mai, erscheint kein Blatt. Die nächste Ausgabe unseres Blattes erscheint dann erst wieder am Sonntag, den 3. Mai, zur gewohnten Stunde.

### Die Straßburger Spionage-Affäre.

Paris, 23. April. (Eigenbericht.) Die französische bürgerliche Presse bemüht sich frampfbast, aus der in Straßburg erfolgten Verhaftung von vier der Spionageverdächtigen Elässern eine Spionageaffäre großen Stils zu machen. In ihren Ueberschriften heißt es, daß die angeblichen Spione wichtige Dokumente über die Landesverteidigung an Deutschland ausgeliefert haben, daß eine umfangreiche Spionageorganisation im Elsaß bestiehe und dergleichen mehr. Verschiedene Zeitungen haben bereits Sonderberichterstattungen nach Straßburg geschickt, die ihrer Phantasie in endlosen Meldungen freien Lauf lassen. Den Vogel schießt der Sonderkorrespondent des „Intransigeant“ ab, der angesichts der Weigerung der Kriminalpolizei und des Untersuchungsrichters, nähere Angaben über die Affäre zu machen, eine persönliche Untersuchung“ eingeleitet hat, deren Ergebnis in einer mehrere Spalten langen Meldung dargelegt wird. Der Bericht enthält jedoch trotz seines Umfangs an tatsächlichen Angaben nichts anderes, als was die Pariser Morgenzeitungen vom Mittwoch bereits veröffentlichten und wir über den Sachverhalt inzwischen gemeldet haben.

Zu Wirklichkeit ist die ganze Affäre ein ausgesprochenes Polizeidrama, der aus mehr oder minder politischen Gründen aufgejogen worden ist und der einem Teil der Presse eine willkommene Gelegenheit bietet, über Deutschland herzufallen. Die Veröffentlichung der Sache ist nicht etwa von der Straßburger Polizei ausgegangen, sondern auf eine „Indiskretion“ der Pariser Zentralstelle der Sicherheitspolizei zurückzuführen. Der Direktor der elssässischen Polizei in Straßburg hat sich bereits darüber beklagt, daß seine Nachforschungen durch die vorzeitige Veröffentlichung der Affäre zum Teil „vermanischt“ worden seien. Außerdem schwebt die Angelegenheit schon seit Mai vorigen Jahres. Das zeigt, daß sich die Polizei bisher keine stichhaltigen Unterlagen, die eine Verhaftung rechtfertigen könnten, hat beschaffen können. Wahrscheinlich ist die sogenannte Indiskretion nur begangen worden, um Deutschland ein Gegenstück zu der Verhaftung der drei französischen Offiziere in Königsberg, die in Paris übrigens ziemlich stillschweigend behandelt worden ist, zu bieten.

Die einzige Zeitung, die die Angelegenheit und ihre Aufmachung in der übrigen Presse scharf kritisiert, ist der sozialistische „Populaire“. Das Blatt bezeichnet es als lächerlich und erklärt, man habe Deutschland ein offenes Geheimnis verkauft. Denn jeder Spaziergänger könne sich die betonierten Unterstände an der Rheingrenze ansehen, und die Pläne, die sich in der Straßburger Pionierinspektion befinden, könne sich jeder ohne Schwierigkeiten beschaffen. Im übrigen seien bei den Befestigungsarbeiten Tausende von italienischen, polnischen und tschechischen Arbeitern beschäftigt, so daß es für einen wirklichen Spion viel leichter gewesen wäre, sich als Erd- oder Bauarbeiter zu verkleiden, um auf diese Weise alle Geheimnisse zu erfahren.

### Russisch-japanische Spannung.

#### Abbruch der Beziehungen?

London, 24. April. Der „Daily Telegraph“ berichtet aus Tokio: „Die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion werden immer gespannter. Man erwägt sogar bereits den Abbruch der Beziehungen. In einem Bericht, den der japanische Botschafter in Moskau seiner Regierung überfandte hat, wird ausgeführt, daß die Verhandlungen mit der sowjetrussischen Regierung noch nicht vollauf geschiebert seien. Die Tokioter Regierung überfandte ihrem Botschafter in Moskau Weisungen, in denen sie sich bemüht, ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, das sicher außer dem Abbruch der beiderseitigen diplomatischen Beziehungen den Kriegszustand in den Gewässern des Fernen Ostens zur Folge hätte.“

Der Tokioter Berichterstatter der „Times“ meldet, daß die Antwort der sowjetrussischen Regierung auf die letzten japanischen Vorschläge, die eine Regelung des Konflikts über die Fischereirechte der Japaner, in russischen Gewässern betreffen, kein Entgegenkommen bezeugt hätte. Außerdem habe die russische Regierung ihre Gegenvorschläge zu den Finanzverhandlungen überreicht, bei denen Japan die letzten Anträge vorgelegt habe, die fast einem Ultimatum gleichen. Baron Schidchawa erklärte gestern, daß die japanisch-sowjetrussischen Beziehungen nicht wegen der finanziellen Fragen abgebrochen werden würden.



# Tagesneuigkeiten.

## Eine nette Blamage der „Deutschen Presse“.

Die Hüter der „Klassischen Bildung“ liegen einem Grubenhund auf!

Die „Deutsche Presse“ ist noch immer in herabwürdiger Erregung wegen der Mittelschüler-Zeitschrift „Schulkampf“, der sie täglich einen letzten Jovisapalter widmet. Daß der „Schulkampf“ noch nicht verboten wurde, macht ihr nun neuerlich schwere Sorgen und gar die im „Sozialdemokrat“ abgedruckten Äußerungen eines Mittelschülers über die klassische Bildung erscheinen ihr als die Ausgeburt des Satanischen. Während sie die klassische Bildung gegen die Mittelschüler verteidigt, ist ihr aber ein Feind nicht unterlaufen, der ihre eigene Bildung in ein höchst bedenkliches Licht rückt. Sie hat eine Zuschrift erhalten, in der ein besorgter Onkel, der unter dem nicht einmal sehr christlich klingenden Namen Dr. Gottlieb Sterzl auftrat, seinen Klagen über den Sittenverfall der Jugend, wie er ihn an seinem Nest feststellen konnte, bewegten Ausdruck verlieh. Obwohl diese Zuschrift, die in Wahrheit nicht von einem Onkel, sondern von einem Nestherrn herrührt, den schönsten Luluss in voller Schärfe enthält, hat die „Deutsche Presse“ sie sich zu eigen gemacht und sie redaktionell bearbeitet. Sie schreibt nun:

Eine der Hauptforderungen des „Schulkampf“ ist, daß die letzte Aufführung, in die Schule eingeführt werden soll. Was man in der Schule noch nicht haben kann, verschafft man sich einseitig außerhalb der Schule. Wie aus aus Eltern- und Schülerkreisen mitgeteilt wird, fand in der vorigen Woche in den Räumen der kommunistischen Arbeiterkassen in Prag ein Disputationsabend bolschewistischer Mittelschüler statt. Dr. Pollak (offenbar G. Pollak) hielt einen Aufführungsvortrag vom Stapel. Abgesehen davon, daß schon die Aufführung, von wirklichen Ärzten betrieben, oft höchst bedenklich ist — wie die vor kurzem erschienene „Soziologie des Klapperstorchs“, des neben Magnus Hirschfeld und Max Hodson zu trauriger Berühmtheit gelangten kommunistischen „Sexualforschers“ Armin Ruppin bemerkt — ist die Aufführung durch einen Nichtschonnam eine Gefahr ersten Ranges für den jungen Menschen. Natürlich brachte Dr. Pollak seine Ausführungen in Ton gezierter Fachausdrücke dieser zweifelhaften Wissenschaft wurden den jungen Leuten an den Kopf geworfen. Sie unverständlicher, um so besser. Der Vortragende bewohnte es auch als Pflicht der jungen Leute, von der Aufführung Gebrauch zu machen. Er erklärte ihnen, daß sie alle an „pubertären Subkumben“ (!) litten, was sie wohl mit gehabt hätten.

Man sprach dann noch viel von empfängnisverhütenden Mitteln und von der „Schmach des Abtreibungsparagrafen“.

Schließlich wurden die Schüler auf die Braut des Ban de Gelde-Schülers Hugo Slany aufmerksam gemacht. Wie uns weiter mitgeteilt wird, sollen die beträchtlichen Mittel, über die die Herren vom „Schulkampf“ verfügen, zum größten Teil aus dem R. A. S. Fonds (Kommunistischer Kampffonds Senia) stammen, dem die Teilnehmer der Veranstaltung in einer Entschuldigungs ihren Dank ausdrücken.

Es fragt sich nun, wie lange gewissenhafte Eltern es noch mit ihrem Gewissen vereinbaren können, ihre Kinder einer solchen Umgebung auszuliefern?

Der Vortrag hat natürlich gar nicht stattgefunden. Der Sexualforscher Armin Ruppin, der „zu trauriger Berühmtheit“ gelangt sein soll, ist doch nicht berühmter genug, um in der „Deutschen Presse“ als der Soziologe Armin Ruppin erkannt zu werden, der zwar keine „Soziologie des Klapperstorchs“, wohl aber eine „Soziologie des Judentums“ geschrieben hat. Nun enthält die Zuschrift noch anderen Unsinns, und es ist bezeichnend, daß die „Deutsche Presse“ ihn teilweise als solchen agnosziert zu haben scheint, während ihr anderes nicht auffiel. So unterläßt ihr der pubertäre Subkumben, obwohl ihre klassische Bildung ihr sagen sollte, daß Subkumben kein medizinischer, sondern ein Rechtsbegriff ist. Eine Schrift über die „Diagnostik der Pubertät“ (was wäre das auch für eine Aberration!) existiert natürlich nicht; und ein Herr Slany oder Slony ist in Prag lediglich als Funktionär der Kultusgemeinde bekannt. Ebensowenig existiert ein kommunistischer Kampffonds Senia, R. A. S., sondern diese Buchstaben bezeichnen, wie man uns erklärt, den Jüdischen Nationalfonds. Die „Deutsche Presse“ wird sich hoffentlich nach dieser Blamage abregen und ihren Kampf gegen die Mittelschüler einschränken. Es scheint, so doch erwiesen zu sein, daß sie besser daran läge, die eigenen Bildungslücken auszufüllen!

## 60 Todesopfer chinesischer Banditen.

Kanton, 24. April. Chinesische Banditen sprengten zwei Dampffähren, deren Besatzung die Zahlung der geforderten Schutzabgabe verweigerten, mit Bomben in die Luft. Dabei wurden sechzig Personen getötet.

# Wilna überflutet.

## Panik unter der Bevölkerung.

Warschau, 24. April. Die ostmärkischen Gebiete, insbesondere das Wilnaer Gebiet sind von einer katastrophalen Ueberschwemmung heimgesucht worden. Zahlreiche Flüsse, darunter die Wilna bei Wilna, der Niemen, die Szczara und die Berezna in der Wojwodschast Nowogrod sind aus den Ufern getreten und haben große Gebietsstücke überschwemmt. Alle Vororte der Stadt Wilna und auch einige Straßen im Stadlinnern stehen unter Wasser. So wurde u. a. auch das Sommertheater, der Botanische Garten, das Gebäude der öffentlichen städtischen Bibliothek, das Elektrizitätswerk und das städtische Epidemiespital unter Wasser gesetzt. Aus dem Epidemiespital mußten alle Patienten abtransportiert werden. Alle an der Wilna gelegenen Wohnhäuser, die sämtlich unter Wasser stehen, müssen geräumt werden, da Einsturzgefahr droht. In der Stadt Wilna herrscht unter der Bevölkerung große Panik. Aus der Wilnaer Wojwodschast treffen Nachrichten ein, daß die Telephonleitungen und Eisenbahnstrecken und zahlreiche Brücken vernichtet wurden. In der Wojwodschast Nowogrod sind bis jetzt sechs Todesopfer zu beklagen. In Stolpe sind zwei Arbeiter ertrunken, die bei der Befestigung des Eisenbahndammes beschäftigt waren. In den Fluten des Flusses Berezna sind ein Bauer und zwei Bauernkinder ertrunken.

## Vom Luftfeld der Ehre . . .

London, 23. April. Das heutige Flugzeugunglück, dem, wie bereits gemeldet, der Luftwaffenmarschall Sir V. Holt und ein Fliegeroffizier zum Opfer fielen, ist der 17. Absturz von Flugzeugen der britischen Luftstreitkräfte dieses Jahres und erhöht die Zahl der Todesopfer auf 37.

Rom, 24. April. Gestern stürzte ein Besserkugler aus Messina, das das Kriegsschiff „Dorio“ in Tarent erreichen wollte, ab. Die beiden Piloten des Apparates fanden den Tod.

## Ein sechzehnjähriges Mädchen in einem Budapester Hotel ermordet.

Budapest, 24. April. (M.Z.) In einem Budapester Hotel wurde heute nachts ein Frauenmord begangen. Im Hotel „Imperial“ auf der Rakochi-Straße stieg gestern ein Herr in Begleitung einer Dame ab und mietete ein Zimmer. Nach einigen Stunden entfernte sich der Herr und erklärte beim Portier, er werde bald zurückkehren. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Heute früh wurde die verschlossene Tür des Hotelzimmers, in dem das Paar abgestiegen war, aufgebrochen. Den Eintretenden bot sich ein schauerlicher Anblick. Die Dame lag mit durchschnittenem Halse gefesselt im Bett. Sie war bereits tot. Nach ärztlicher Feststellung hat der Mörder die Frau zunächst erstickt und dann der bereits Toten den Hals durchgeschnitten. Der Mörder hat sich für den Privatbeamten Adalbert Tomko, die Ermordete als dessen Gattin ausgegeben. Neben der Toten fand man einen Zettel, auf dem geschrieben stand: „Dieses Weib verdiente sein Schicksal!“

Eine Frau, die heute bei der Polizei das Verschwinden ihrer Tochter angemeldet hatte, wurde zur Leiche geführt und erkannte in dem im Hotel „Imperial“ ermordeten Mädchen ihre Tochter. Die Ermordete heißt demnach Margarethe Szendrei. Sie war Bondonverkäuferin in einem Budapester Lichtspieltheater.

Der Verdacht der Ermordung der im Hotel „Imperial“ tot aufgefundenen Margarethe Szendrei richtet sich gegen den zwanzigjährigen stollenlosen Fabrikarbeiter Bela Tomko. Es scheint, daß der Mörder auf den Rebegevel im Hotel seinen richtigen Namen angegeben hat. Der Vater des Tomko erklärte den bei ihm erschienenen Kriminalbeamten, sein Sohn sei vor vierzehn Tagen nach Unterschlagung von 210 Pengö aus der elterlichen Wohnung verschwunden. Seitdem wisse er nichts von ihm. Die Polizei hat gegen Tomko einen Steckbrief erlassen. Die ermordete Bondonverkäuferin war erst sechzehn Jahre alt.

## Hebung der Klassenlotterien

Der Haupttreffer von einer Million Kronen fiel auf das Los Nr. 10.988; weiter wurden gezogen:

- 70.000 K: 64.887.
- 10.000 K: 10.948, 37.743, 42.881, 49.492, 81.443.
- 5000 K: 4269, 5748, 8576, 12.136, 34.481, 46.806, 50.791, 52.890, 53.908, 59.134, 67.894, 72.499, 95.782, 98.257.
- 2000 K: 184, 338, 4502, 5506, 9256, 11.149, 12.297, 16.298, 22.396, 23.016, 23.905, 25.499, 26.903, 29.175, 31.807, 33.158, 33.970, 37.019, 42.006, 42.912, 45.191, 47.651, 47.932, 51.496, 51.988, 54.105, 54.179, 54.350, 55.177, 58.674, 59.640, 62.606, 62.819, 61.442, 69.528, 70.127, 70.631, 80.923, 81.544, 81.617, 85.051, 87.906, 90.130, 90.178, 90.473, 90.517, 99.716.

Die „Bohemia“ ist gebildet und Thoas ist ihr Prophet. Im gestrigen Leitartikel der „Bohemia“ schreibt Herr J. W. folgendes: . . . der griechische Seher Thoas hat auch dieses Besen-Exposé schon vorausgesehen und von ihm gesagt: „Man spricht vergebens viel, um zu verjagen; Der andre hört von allem nur das Reine.“

Da möchten wir gerne wissen, aus welcher Volkswirtschaftslehre oder welchem Politischen Handbuch der „Bohemia“-Leitartikler seine Kenntnis eines griechischen Sehers Thoas geschöpft hat; wir kennen nämlich nur einen König Thoas von Lauris. Herr J. W. ist gewiß diesem asiatischen Fürsten früher einmal in Goethes „Iphigenie“ begegnet, also sich auch die jüdischen Verse finden. Ja, man soll halt, selbst wenn eine Besen-Expose dazu verlockt, insbesondere klassisches nur zitieren, wenn man bigotter Bescheid weiß!

## Wieder ein Kindesmord.

Der Hausbesitzer und Geschäftsfreisende Josef Czerny in Prohazky bemerkte, als er Donnerstag nachmittags Jandke in den Garten führte, daß sich darin ein kindlicher Körper teil befände. Er verständigte sofort die Polizei von diesem Umstand, die die Ausleerung der Senkgrube, aus der die Jandke stammte, anordnete. Sichel wurden weitere Teile einer Kindesleiche gefunden, die sich jedoch in einem so weit fortgeschrittenen Verwesungsstadium befanden, daß man das Geschlecht der Leiche nicht feststellen konnte. Der herbeigerufene Stadtphysikus M. Dr. Eugen Zula konstatierte, daß das betreffende Kind lebend zur Welt kam, erwürgt, gevierteilt und in die Jandke geworfen wurde. Bei den Nachforschungen nach der Kindesmörderin wurde die 33jährige Dienstmagd Marie Jozsik aus Topolan bei Olmütz verhaftet. Sie gestand, daß sie, als sie vor einem halben Jahre auf einer Bank in den Jungmann-Anlagen in Prohazky lag, Geburtswehen verspürte, zunächst zwei Stunden die Geburt zurückhielt, dann aber mit eigener Hilfe ein Kind gebar. Ohne es überhaupt anzusehen, wickelte sie es in ein Tuch, trug es ins Haus Czernys, wo sie es in die Senkgrube warf. Sie bestritt, das Kind zerschnitten zu haben. Die Verhaftete wurde dem Bezirksgericht in Prohazky eingeliefert.

Wandernde Erspornisse. Eine mildtätige Frau in Berlin schenkte einem Bettler ein Paar Schuhe ohne zu ahnen, daß in diesen 1500 Mark von ihrem Manne aufbewahrt wurden. Der Bettler, dem wahrscheinlich Bargeld lieber war, verkaufte im Laufe des Tages die Schuhe an den Schuhmachermeister Kerpel in der Bingstraße, ohne zu wissen, was für einen Schatz er aus den Händen gab. Der Meister las dann in den Tageszeitungen über die Geschichte, sah in den alten Schuhen nach und fand dann auch die 1500 Mark, die er als ehrlicher Mensch sofort seinem zuständigen Polizeirevier übergab, von wo aus das Geld dem Eigentümer wieder zugestellt wird.

Carajos Tochter. Im amerikanischen Rundfunk ist Enrico Carajos elfjährige Tochter dieser Tage erstmalig aufgetreten. Ihre Stimme, die bereits jetzt von beträchtlichem Umfang und von erstaunlicher Stärke sein soll, gefiel sehr.

Ueber den folgenschweren Zusammenstoß eines Autobus mit einem Volesgüterzug in der Nähe von Pille werden folgende Einzelheiten gemeldet: Der Autobus war mit 42 auf dem Heimwege befindlichen Arbeitern und Angestellten besetzt. Er wurde beim Bahnübergang in der Nähe von Biers von einem Güterzug erfasst. Der Autobus wurde zur Hälfte zertrümmert. Die Lokomotive und die zwei ersten Waggons des Güterzuges entgleisten und stürzten um. Aus den Trümmern wurden mühsam sieben Tote, 34 fast durchwegs Schwerverletzte, von denen noch zwei im Krankenhaus starben, geborgen. Der Führer des Autobus, durch dessen Unvorsichtigkeit das Unglück geschah, ist festgenommen worden. Zwei Tote konnten noch nicht identifiziert werden.

Geheimnisvolles Sterben. Wie Associated Press aus Santiago de Cuba meldet, ist gegen Major Denis Ortiz, den bisherigen Militärführer der Provinz Santiago und gegen fünfzehn weitere Personen ein Haftbefehl erlassen worden, der wie verlautet, im Zusammenhang mit 44 geheimnisvollen Todesfällen steht, die in der letzten Zeit in der Provinz festgestellt wurden. Der Adjutant von Ortiz, Leutnant Filipe Balles, hat sich in der vergangenen Nacht erschossen.

Ells Weinhorns Rückkehr. Die deutsche Fliegerin Elli Weinhorn, die mit ihrem Klammflugzeug in der Sahara verunglückte, ist aus Dakar (französisch Ostafrika) kommend, mit dem Postflugzeug in Casablanca eingetroffen. Ein von dem Flieger Osterkamp gesteuertes Erlaflugzeug, ebenfalls eine Klamm-Maschine, ist gleichfalls in Casablanca angekommen. Mit dieser Erlaflugmaschine wird Elli Weinhorn nach Deutschland zurückfahren.

Am Rande des Todes. Am 21. April verunglückten an der Nordflanke des Finsteraarhorns drei Bündner Studenten. Sie mußten sich in Unkenntnis der Route verkriechen haben und stürzten über eine 300 Meter hohe Eiswand ab. Glücklicherweise fielen sie in etwa einhalb Meter tiefen Neuschnee, was sie vor dem sicheren Tode bewahrte. Ein vierter Student, der in Ermangelung der nötigen Vergewandlung zurückgeblieben war, eilte seinem

# Vom Rundfunk.

## Empfehlenswertes aus den Programmen. Sonntag.

Prag: 8.00 Karlsbader Frühkonzert. 10.00 Schallplatten. 12.05 Blasorchester. 13.05 Schallplatten. 13.00 Deutsche Sendung: Konzert der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst. — Wien: 8.00 Karlsbader Frühkonzert. 10.00 Sängerchor. 11.00 Deutsche Sendung. 11.00 Popal. Orchesterkonzert. — Köln: 8.00 Programm von Prag. 17.30 Programm von Prag. — Regensburg: 10.30 Schallplatten. 13.05 Violinkonzert. 19.35 Unterhaltungsmusik. — Berlin: 20.30 Klavierkonzert. — Breslau: 18.40 Lieber von Beethoven. — Frankfurt: 9.30 Chorvorspiel. 12.30 Das Rheingold. Vorabend des Bühnenfestspiels: Der Ring des Nibelungen von R. Wagner. — Hamburg: 17.00 Opernkonzert. — Leipzig: 12.30 Mittagskonzert, Ermertholenschorchor. 13.15 Chorvorspiel. — Wien: 10.00 Brudner: Orgelkonzert G. Moß. 11.05 Wiener Symphonieorchester. 13.16 Tonlieder aller Völker und Charjans.

Kameraden zu Hilfe und brachte einen nach dem andern in mühseliger und langer Arbeit in die Finsteraarhornhütte. Nachher machte er sich sofort nach dem Jungfrauoch auf, wo er nachmittags 3 Uhr nach einem Marsch von übermenschlicher Anstrengung durch den tiefen Neuschnee eintraf. Zur Vergung der Verunglückten ist eine aus 15 Bergführern gebildete Rettungskolonnen abgegangen.

Ein Unglück kommt selten allein. In der Ostküste von Borneo ereignete sich fast gleichzeitig ein doppeltes Unglück. Eine schreckliche Explosion vernichtete fast vollständig einen Bazar der Einheimischen der Stadt Samarinda. Es wurden auch einige Regierungsgebäude zerstört. Der Schaden wird auf drei Millionen holländische Gulden geschätzt. Ein zweites Unglück ereignete sich auf dem Meere, wo in geringer Entfernung vom Hafen von Samarinda ein sinesischer Dampfer sank. Sechs Personen kamen dabei ums Leben.

Ein erschütternder Doppelmord wurde in einer Wohnung in Budapest verübt. Eine Hausgehilfin drang mit ihrer Freundin in Abwesenheit ihrer Dienstherrin in das von einem Reinigungsunternehmen verschlossene und mit Evargas gefüllte Zimmer der Wohnung ein, wo die beiden Mädchen später umarmt auf dem Fußboden tot aufgefunden wurden. In hinterlassenen Abschiedsbriefen gaben sie als Motiv der Tat Lebensüberdruß an.

Vom Deutschen Justiztag. Das Referat zum Thema „Die rechtliche Stellung der Ehefrau“ (Vorredner die Professoren Rautenberg und Weiß) hat Unversitätsprofessor Dr. Arthur Lehmann, Mitglied des Österreichischen Staatsgerichtshofes, Wien, übernommen. Abgeordneter Prof. Dr. Raska wird wie bei den bisherigen Justiztagen die Verhandlungen der zivilrechtlichen Sektion des Justiztages leiten.

Moderne Räuber. Aus Peking wird gemeldet: Räuber, welche sich „die erste rote Krone“ nennen und die im Oktober v. J. in der Provinz Honan den Führer der amerikanischen protestantischen Missionäre, Nelson, gefangen nahmen, sind offensichtlich sehr moderne Menschen, denn sie fordern als Lösegeld außer großen Geldbeträgen auch Grammophonplatten, Tennisrackets und Bälle, Schachbretter, Radiosendungsapparate, Uhren, Anbinde, Hülfedern, Jagdbälle, Parfums und auch Patronen.

Ein gefährliches Räuberpaar verhaftet. Am Samstag gelang es der Ostrauer Polizei, ein gefährliches Räuberpaar, den 33jährigen Karl Werra und die 23jährige Marie Schmitt zu verhaften, welche seit September des Vorjahres bis in die letzten Tage verschiedene Geschäftsläden im Ostrauer Gebiete während der Mittagspause beraubt hatten. Bei der Verhaftung brangen beide über einen Abzugsgraben, in dem die Gmerr steden blieb. Ihr Gefährte zog sie heraus und half ihr noch über den Graben, selbst aber kam er nicht mehr über die Umfriedung hinweg, da er von den Polizisten ergriffen wurde. Die Gmerr wurde später in einem Schlafwinkel gefunden. Bei Werra wurden eine große Anzahl von Pfand- und Bewahrungsscheinen sowie drei Leffer mit Gegenständen, die aus verschiedenen Geschäftsläden herrühren, gefunden. In der Aktenakte, welche die Gmerr auf der Hand wegwarf, wurden Einbruchswerkzeuge und ein schwarzer Arbeitsmantel, wie ihn die Kommit in den Geschäften tragen, gefunden. Diesen Mantel zog Werra wahrscheinlich an, wenn er seine Einbrüche verübte, um nicht anzufallen.

Schaut nach in den Sechserläden! Von der Tierärztlichen Abteilung des Sanitätsreferates der Hauptstadt Prag wird mitgeteilt: Bei der Revision der Sechserläden im Monat Jänner und März wurde festgestellt, daß Ergornisse, wie Würfel, Würste, Reklamewürst eine Beimischung von Pflanzensäfte enthalten, ohne daß dieser Umstand im Verkaufsakt ausdrücklich gemacht ist. Nur in einem Fall wurde diese Deklaration festgestellt, die übrigen Ladenbesitzer halten die Beimischung von Säfte als üblich. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß der Anbahnung der vereinigten politischen Behörden I. Instanz vom 12. März 1926, S. 1069/23—11A der Zusatz von Stärke zu Sechserenergiegenüssen (außer Seberwürsten) der Deklaration unterliegt und in den Geschäften für das Publikum ersichtlich gemacht werden muß. Der Wasserzusatz zu Sechserenergiegenüssen darf 35 Prozent nicht überschreiten. Uebertretungen werden nach dem Gesetz bestraft.









19.- Gr. 3-8½ \*Mod. 2851-12 (19-26)

Für jeden einzelnen ein anderes Modell. Perforation auf verschiedenfarbigem Grunde. In Lack oder verschiedenen hellen Farben.



25.- Gr. 3-8½ Modell 3661-00 (19-26)

Unsere Kleinsten diese bequemen Stiefelchen, welche das Wachstum des Kinderfusses nicht behindern.



29.- Gr. 9-11½ Modell 3922-08 (27-34)

Für Sport und Spiel diesen Schuh aus braunem Box mit Schnalle. Er macht allen Freude, da er schick und solid ist.



29.- Gr. 9-11½ Mod. 2642-30 (27-34)

Ein Modeschucherl für den Mai, in Almorafarbe oder beige gehalten mit Blattverzierung aus verschiedenfarbigem Leder.



39.- Gr. 9-11½ Modell 3632-10 (27-34)

Für Sport und Spiel diesen Schuh aus braunem Box mit Schnalle. Er macht allen Freude, da er schick und solid ist.



49.- Gr. 9-11½ Mod. 3682-22 (27-34)

Helle braune Knabenhalbschuhe aus Box mit geschmackvoller Verzierung.



Modell 4235-37 Tennischuh aus weissem Segeltuch mit starker Gummisohle. Sie sind elastisch und für jeden Tennisspieler unentbehrlich.



Modell 2145-09 Einfach ausgeführte Spangen-Halbschuhe aus Leinen, geschmackvoll verziert. Niedriger Absatz. Eleganter Schnitt.



Modell 4067-77 Originelle Sportschuhe die unseren Kindern grosse Freude bereiten, denn sie können in ihnen Fussball spielen, ohne dass die Schuhe ihre Form verlieren.



Modell 2947-00 Universal-Sandalen aus weichem Leder mit haltbarer Gummisohle. Für tägliches Tragen am Land und für Gartenarbeit.



Modell 7945-69 Ein richtiger Sommerchuh in verschiedenen Farben, geschmackvoll perforiert, ist im Sommer unentbehrlich.



Modell 3945-03 Für den täglichen Gebrauch am besten geeigneter Spangenschuh aus schwarzem Box. Bequeme breite Form.



Modell 1675-99 Apaten Spangen - Halbschuh mit geschmackvoller Verzierung in verschiedenen Farbschattierungen. Für Promenade und Gesellschaft am Nachmittag.



Modell 1925-97 Unser Frühjahrsmodell: Schnür-Halbschuh in den Modifarben mit Brillantleder in verschiedenen Schattierungen verziert. Moderne Façon, schöne Linie.

# AN UNSERE KUNDEN.

## Zum 1. Mai, dem Arbeits-Feiertage, laden wir Sie herzlichst ein.

Während des ganzen Jahres denken wir an Sie in allen Werkstätten, bei jeder Handbewegung. Wir bemühen uns Ihr Vertrauen durch ständige Verbesserung unserer Arbeit und Vervollkommnung unseres Kundendienstes zu erzielen. Ihr zahlreicher Besuch in Zlin wird uns die Belohnung für unsere Bemühungen sein. Er wird uns beweisen, dass wir unsere Arbeit zum — Wohle Aller und für Alle richtig erfüllen.



Modell 0675-68 Bequeme Sandalen-Halbschuhe für den täglichen Gebrauch. Perforiert, elastische Gummisohle.



Modell 3225-00 Touristenhalbschuhe aus braunem Dullbox mit Zierzunge. Herrschuhe für K6 89.-



Modell 2945-11 Für den täglichen Gebrauch Spangen - Halbschuhe aus schwarzem oder braunem Box mit halbhohem Absatz. Praktisch und bequem.



Modell 4645-71 Ausgangshalbschuh in englischem Styl. Hellbraun, oder beigefarben. Niedriger Absatz. Feste Sohle.



Modell 2645-82 Für unsere Mütter die schönsten Halbschuh: aus Lackleder oder in den Modifarben almora und beige.



Modell 2625-10 Eleganter Ausgangshalbschuh mit Spange aus braunem Boxleder. Bequeme Façon.



Modell 2645-28 Für die sonnigen Frühjahrsparadise diese Halbschuhe aus Boxcall in allen reizend kombinierten Farbtönen.



Modell 6625-08 Eleganter brauner Schnürschuh zum Sportkostüm. Starke Sohle, breiter Gummiabsatz, sehr bequem im Tragen.



Modell 9805-03 Einfacher jedoch eleganter Pumps aus braunem Chevreau, Sämisch oder Lack.



Modell 9805-90 Der neue Schnitt dieses Lack-Halbschuhes wird Sie überraschen. Die Spang auf der Zierzunge verleiht dem Schuh Eleganz.



Modell 9805-61 Der Pumps für den Nachmittag. Die Bandverzierung macht ihn hochelegant. Erhältlich in mehreren Modifarben.



Modell 9875-39 Der einfache Spangenschuh in Modifarben, auch in braunem Wildleder oder Lack mit Verzierung aus echtem Schlangenleder. Schlanker Absatz.



Modell 9875-62 Elegante Schuhe zum leichten Kostüm, hochpart in Lack, oder schwarzem Sämisch mit Eidechsen-Verzierung.



Modell 9995-34 Ein eleganter, tief ausgeschnittener Spangenschuh. In braun Sämisch oder hellbeige. Geschmackvoll kombiniert.



Modell 1937-22 Halbschuhe für den täglichen Gebrauch, schwarzes oder braunes Boxcall mit äusserst dauerhafter Gummisohle. Wir empfehlen unsere Loofa-Einlagen.



Modell 9637-27 Ausserst bequemer und dauerhafter Herrenhalbschuh aus braunem Box sowie solider Crêpesohle.



Modell 3627-22 Schlankes Façon, einfacher geschmackvoller Schnitt. Bauner, ruhiger Farbton. Beste Rahmentarbeit.



Modell 6637-11 Brauner Herrenhalbschuh bequeme elegante Form, ergänzt vortrefflich den Strassenanzug.



Modell 7637-16 Unsere Frühlings-Neuheit — ein eleganter spitzer Schuh auf typisch breitem Absatz, in schwarzem Box, lichtbraun oder mahagoni.



Modell 9677-21 Schnürschuh aus schwarzem Kalbsleder mit fester Sohle. Halbspitze Form, äusserst elegant. In einigen Weiten.

ZU JEDER SCHUHFARBE DIE PASSENDE NUANCE DER STRÜMPFE.